

Hafenarbeiter protestieren gegen den geplanten Naziaufmarsch am 1. Mai

Die NPD ruft am 1. Mai 2008 ihre Mitglieder und Sympathisanten zur Teilnahme an einer Kundgebung in Hamburg-Barmbek auf. Auf direkte Weise stellt sie sich im Aufruf dazu in die Folge der NSDAP, indem sie die Entstehung des 1. Mai und die Geschichte der Arbeiterbewegung umdeutet und bemüht ist, sich diese einzuverleiben. Wenn man sich anschaut, wo die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten standen, so erfährt man, dass die engagiertesten Köpfe inhaftiert oder ermordet wurden. Als Hafenarbeiter wissen wir, wohin dieser Irrsinn geführt hat. Die größte und entscheidende Niederlage nach 1914 und 1918 und zugleich eine Niederlage mit vielen selbstverschuldeten Bestandteilen, aus denen wir heute zu lernen haben. Wir werden nicht zulassen, dass die Nazis sich unserer Geschichte und unserer Zukunft annehmen. Offensichtlich müssen wir dabei auf die eigenen Kräfte vertrauen. Aus der Gesellschaft erfahren wir eher Gleichgültigkeit und manchmal auch Unterstützung der Nazis. Wir finden es skandalös, wenn die Hamburger Polizei wie im Januar 2004 eine antifaschistische Demonstration mit Wasserwerfern zerschlägt und dabei die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano an freier Rede hindert.

!Ursachen bekämpfen!

Wir wenden uns aber nicht nur gegen die Hetze der Nazis, sondern auch gegen eine Politik der sozialen Kälte in unser Stadt, die einen Nährboden für Deutschtümelei, Rassismus und Antisemitismus nährt. Der rechtsradikale Sumpf wird zur CDU-Mehrheitsbeschaffung integriert wie neulich bei Schill und gestern in Hessen bei der Koch-Kampagne versucht. Wer politisch verantwortlich ist, dass in einer so reichen Stadt wie Hamburg immer mehr Menschen arm werden, der trägt auch die Verantwortung dafür, wenn die Faschisten wieder durch unsere Strassen marschieren. Wer öffentliches Eigentum verscherbelt, verkauft gleichzeitig die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger. Wer sich einen Dreck um die Ergebnisse von Volksbefragungen schert, legt Hand an das demokratische Selbstverständnis der Mehrheit. Wer permanent vorhandene soziale Einrichtungen abbaut trägt die Verantwortung dafür, dass Menschen entwurzeln und verzweifeln der Nazi-propaganda auf den Leim gehen. Wir wollen eine Politik in Hamburg, die die Menschen an der Entwicklung beteiligt und die der sozialen Ausgrenzung entgegenwirkt. Wir brauchen keine neue Oper und kein Militaria-Museum sondern gut bezahlte Arbeitsplätze, gut ausgestattete Schulen, Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, soziale Beratungsstellen und Frauenhäuser.

!Solidarität statt Deutschtümelei!

Wenn wir als HafenarbeiterInnen vergleichsweise gute Arbeitsbedingungen erkämpft haben und in Europa politisch durchsetzungsfähig sind, dann deshalb, weil wir seit über 100 Jahren international zusammenarbeiten. Wir sind deshalb stark, weil wir es nie zugelassen haben, dass irgendjemand einen Keil zwischen uns, die wir aus über 50 Ländern in unserem Hafen arbeiten, treibt. Der Hafen und die Stadt Hamburg leben vom internationalen Handel. Wenn die Nazis am 1. Mai dazu aufrufen Arbeit und soziale Gerechtigkeit „nur“ für Deutsche zu fordern, dann greifen sie direkt unsere Interessen auch im Hamburger Hafen an. Wer kann denn ernsthaft glauben, dass Welthandel verzichtbar sei? „Ausländer“ sind Kolleginnen und Kollegen. Sie gehören zu uns. Sie kämpfen ihre Kämpfe um Emanzipation überall – wo auch immer in der Welt mit ihren Mitteln und unserer Solidarität.

Wir verstehen und als Teil eines breiten antifaschistischen Bündnisses und rufen auf zu einer Demonstration am 16.2.

Auftaktkundgebung 11 Uhr Landungsbrücken

Route: Johannisbollwerk - Vorsetzen - Am Sandtorkai - Bei St. Annen - Dovenfleet - Ost-West-Str. - Johanniswall - Lange Mühren - Mönckebergstr. - Rathausmarkt

Anmelder ist der Gesamthafen-Betriebsratsvorsitzende Bernt Kamin-Seggewies (040-36128272 - betriebsrat.ghb@ghb.de)